

- V
1. Technische Universität Berlin
Projektkoordinatorin Präsidialbereich
z.H. [REDACTED]
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

ab:

27. 05. 2021 [REDACTED]

Stellungnahme zu Informationen über Kampfmittel für das Gelände
Straße des 17. Juni 135 (Technische Universität) in 10623 Berlin 10623 Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, OT Charlottenburg

Ihre Mitteilung bzw. Ihr Antrag vom 27.03. 2020 gemäß § 5 Kampfmittelverordnung (KampfmittelV)
Anlage: Kurzbericht vom 25.05.2020 mit Kartenanlage sowie allgemeine Hinweise zur
Luftbildauswertung (Stand: 07/2018)

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Dr. [REDACTED]

die die mir vorliegenden Informationen enthalten keinen Nachweis über die Kampfmittelfreiheit des o. g. Grundstückes bzw. der Antragsfläche gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 8 KampfmittelV. Ohne den Nachweis der Kampfmittelfreiheit kann gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 KampfmittelV eine von Kampfmitteln ausgehende Gefahr nicht uneingeschränkt und verbindlich ausgeschlossen werden.

Als Anlage erhalten Sie das Ergebnis der Auswertung vorhandener Luftbilder aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges (Luftbildauswertung) für ein Untersuchungsgebiet, das Ihre Antragsfläche beinhaltet. Aus Sicherheitsgründen ist das Untersuchungsgebiet größer als die Antragsfläche. Weiterführende Informationen enthalten die beigefügten allgemeinen Hinweise zur Luftbildauswertung.

Ich verweise auf die ggf. im Kurzbericht zur Luftbildauswertung beschriebenen Besonderheiten und Erschwernisse für das Untersuchungsgebiet hin. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Merkmale / Anhaltspunkte - insbesondere im Bereich von **Gewässern (einschließlich Uferzone)** und beschädigten bzw. zerstörten Gebäuden sowie Trümmerflächen - nicht erkannt werden konnten.

Für Teilflächen mit Besonderheiten und Erschwernissen ist es empfehlenswert, diese vor der Durchführung von Bodeneingriffen durch ein nach den §§ 7, 9 und 19 des Sprengstoffgesetzes zugelassenes Unternehmen beurteilen zu lassen. Eine entsprechende Adressenliste kann u. a. über den Link

<http://www.gkd-kampfmittelraeumung.de/mitglieder.html>

im Internet abgerufen werden.

Baumaßnahmen im Gewässerbett und in der Uferzone (z. B. Entschlammen, Nassbaggerung, Bohr- und Rammarbeiten), schifffahrtsbedingte Besonderheiten (u. a. Verwirbelungen durch Schiffsschrauben und Bodeneingriffe durch Anker) sowie die Strömung des Gewässers können zur Verdriftung / Verlagerung von Kampfmitteln führen. Darüber hinaus kann die Luftbildauswertung nur eingeschränkt für die Einschätzung einer möglichen Kampfmittelbelastung in Gewässern herangezogen werden.

Aus den vorgenannten gewässerspezifischen Besonderheiten folgt, dass in Gewässern grundsätzlich keine Merkmale / Anhaltspunkte für das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln ermittelt werden können.

Vor genehmigungspflichtigen Eingriffen in das Gewässerbett und in die Uferzone von Bundeswasserstraßen empfehle ich eine Statusabfrage der beim Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin (WSA Berlin) geführten Datenbank zu Kampfmittelfunden und vom WSA Berlin durchgeführten Kampfmittelräummaßnahmen. Die Erkenntnisse aus der vorgenannten Datenbank reichen grundsätzlich nicht aus, eine konkrete Gefahr zu begründen.

Signifikante Kampfmittelfunde im näheren Umfeld von geplanten Eingriffen in das Gewässerbett bzw. den Boden bedeuten nicht zwingend, dass sich auch am Ort der Eingriffe tatsächlich Kampfmittel befinden müssen.

Die Prüfung der mir vorliegenden Informationen ergab sowohl auf der Antragsfläche als auch außerhalb der Antragsfläche bzw. im unmittelbaren Randbereich zu der Antragsfläche mehrere konkrete und nicht sondierte Anhaltspunkte für das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln.

Die Antragsfläche und die außerhalb der Antragsfläche die Anhaltspunkte umgebenden Flächen sind im Sinne des § 1 Abs. 3 Nr. 7 KampfmittelV als Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen.

Gemäß § 5 Abs. 2 KampfmittelV bin ich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, dass bei geplanten Bodeneingriffen im Bereich der nachfolgend genannten Merkmale / Anhaltspunkte der Verdacht einer Gefährdung für Leib und Leben besteht, den es im Interesse der Sicherheit und Gesundheit von Menschen auszuräumen gilt:

Erdloch, Erdbunker, Splittergraben, Bombentrichter.

Bitte beachten Sie, dass außerhalb der Antragsfläche symbolisch dargestellte Merkmale / Anhaltspunkte wegen der realen Größe und der möglichen Lageungenauigkeit ggf. die Antragsfläche selbst bzw. die Bodeneingriffe im unmittelbaren Randbereich die Antragsfläche tangieren.

Die vorgenannten Erkenntnisse begründen im Rechtssinne noch keine konkrete Gefahr, da in den weit überwiegenden Fällen keine Kampfmittel in den ermittelten Merkmalen / Anhaltspunkten gefunden wurden und werden.

Aus diesem Grund werde ich im Rahmen meiner Zuständigkeit gemäß § 2 Abs. 4 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG Bln) in Verbindung Nummer 11 Buchstabe o der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ZustKatOrd) keine weiteren ordnungsbehördlichen Maßnahmen veranlassen.

Gemäß § 5 Abs. 3 der KampfmittelV obliegen der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Grundstücks oder der Inhaberin oder dem Inhaber der tatsächlichen Gewalt über das Grundstück die ordnungsgemäße Bergung von Kampfmitteln und folglich auch die Pflicht der Kostentragung.

Ich weise darauf hin, dass Bodenvertiefungen und Gewässer sowohl in der Kriegs- als auch in der Nachkriegszeit dazu genutzt worden sind, nicht mehr benötigte Waffen und Munition zu entsorgen.

Insbesondere bei Eingriffen in den Boden des Grundstücks (Baumaßnahmen, Erdarbeiten o. ä.) können akute Gefahrensituationen entstehen, denen angemessen zu begegnen ist.

Ich gebe Ihnen die

dringende Empfehlung,

vor einem Baubeginn zumindest die von Bodeneingriffen betroffenen Merkmale / Anhaltspunkte auf der Antragsfläche sowie im Randbereich durch ein zugelassenes Unternehmen untersuchen zu lassen.

Allgemeine Hinweise:

Das Vorkommen von Kampfmitteln kann nie völlig und verbindlich ausgeschlossen werden.

Es steht Ihnen frei, auf eigene Kosten ein zugelassenes Unternehmen zu beauftragen, um die Kampfmittelfreiheit für die Antragsfläche bzw. für das Bauvorhaben im Sinne von § 1 Abs. 3 Nr. 8 KampfmittelV herzustellen.

Im Übrigen verweise ich auf die im Internet verfügbare KampfmittelV sowie die diesbezügliche Verwaltungsvorschrift zur Ermittlung und Bergung von Kampfmitteln im Land Berlin:


<https://www.berlin.de/senuvk/service/gesetzestexte/de/verkehr.shtml>

Bitte beachten Sie, dass das von Ihnen beauftragte zugelassene Unternehmen gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 KampfmittelV verpflichtet sind, den Ergebnisbericht innerhalb von zwei Monaten nach der Fertigstellung unaufgefordert der Senatsverwaltung zu übermitteln.

Werden z. B. bei Erdarbeiten Kampfmittel oder verdächtige Gegenstände aufgefunden, müssen die Arbeiten **sofort** eingestellt und die Senatsverwaltung oder die Polizei über den **Notruf 110** verständigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Wulfert

2. V A E 2 mdBuKu Zustimmung : 

3. Erfassen Ermittlungsergebnis, V. und Abschlussdatum in KMRPAS : 

4. ZdA

I. 